Künzell

... die sympathische Gemeinde

# 2027

## Etatrede von Bürgermeister

## Timo Zentgraf

**Es gilt das gesprochene Wort.**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
liebe Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter,
liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Gäste,

heute übergebe ich Ihnen den Entwurf des Haushaltes für das Kalenderjahr 2027. Was ist in diesem Jahr die besondere Überschrift für den Haushalt?

Und da geht es schon los. Wie fange ich an? Eines muss ich Vorfeld konstatieren, ich konnte mich anstrengen wie ich wollte, die Rede ist in meinen Augen nicht mehr halb so lustig wie in den Vorjahren.

Aufgrund der wirtschaftlich schlechter werdenden Rahmendaten, der anhaltenden Inflation der letzten Jahre und der stetigen Kostensteigerungen durch vielfältige Kostentreiber wird es auch in der Gemeinde Künzell immer schwieriger, einen wirklich gesunden Haushalt aufzustellen. Seit ein paar Jahren planen wir nun schon den Zugriff auf Rücklagen ein. Durch eher glückliche Umstände speziell in 2025 und 2026 mussten wir nur teilweise die Rücklagen in Anspruch nehmen. Doch für dieses Jahr gilt – **der Haushalt ist sehr eng und auf Kante genäht.** Bei möglichen Erhöhungen der Kreis- und Schulumlage geraten wir auch im Finanzhaushalt ins Negative. Landrat Bernd Woide hat am Montag in der Bürgermeisterdienstversammlung angekündigt, die Umlagen entsprechend um 2 % erhöhen zu müssen.

Bei der heutigen Einbringung ist der Haushalt noch in der Ampelfarbe Grün einzuschätzen, welches nur noch wenige Gemeinden in Hessen erreichen. Ich vermute, dass bei der Verabschiedung im Dezember durch Anträge der Fraktionen diese Ampelfarbe nicht gehalten werden kann und es durch die angekündigte Umlagenanhebung der Landkreisumlagen im Haushaltsverzug noch schwieriger als in den Vorjahren sein wird, mit einer schwarzen 0 das Haushaltsjahr 2027 abzuschließen.

Damit wir auch in Zukunft noch beruhigt auf die Haushaltszahlen schauen können, bedarf es einiger Anstrengungen.

Auf Bundesebene heißen Anstrengungen „Reformen“. Doch was bedeutet dieser eher positiv besetzte Begriff „Reform“?

Vom Gefühl her sagt man, nach der Reform ist es besser als es vorher war. Wir erhalten bessere Pflege-situationen, bessere Gesundheitssysteme, bessere Bildungssysteme, eine bessere Infrastruktur – alles wird schön neu gemacht und vor allen Dingen besser. So denken bestimmt viele in der Bevölkerung.

Doch ist das realistisch? Die geschilderten Sachverhalte hören sich eher nach höheren Kosten an. Wer zahlt das dann? Der Staat? Womit?

Nach meiner Einschätzung ist der Begriff „Frühjahr, Sommer oder Herbst der Reformen“ zu schön gewählt.

Es geht in der Sache nämlich um Sparen, um richtiges Sparen.

Jetzt stellt man fest: Beschlüsse aus der Vergangenheit auf Ebene des Bundes und der Länder mit gesetzlichen Ansprüchen auf z.B. mehr Betreuungsmöglichkeiten und ein besseres Leben für möglichst jeden Einzelnen sind gar nicht finanzierbar. Der Staat hat immer mehr eingegriffen, von Wahl zu Wahl wurden die Versprechungen und einklagbaren gesetzlichen Ansprüche größer und jetzt stehen wir kurz vor der Wand.

Warum gibt es nun keine Reformen bzw. Sparmaßnahmen? Dann müsste man Errungenschaften aus den letzten 5-10 Jahren den Bürgerinnen und Bürgern wieder wegnehmen. Schöne Geschenke wegnehmen, wer traut sich das?

Da sind Koalitionen mit unterschiedlichen politischen Schwerpunkten und Sichtweisen als gesetzgebende Kraft eher schwierige gemeinsame Umsetzungspartner. Jede Partei sieht die Lösung der Probleme in einer anderen Herangehensweise, manche wollen endlich sparen und andere mit mehr Schulden alles regeln.

Die nächste Wahl steht ja schon vor der Tür und eigene Parteimitglieder mit politisch gegensätzlichen Grundsatzmeinungen hat man ja auch noch, die man sich nicht verprellen darf bzw. will, deren Unterstützung man benötigt.

Richtige Reformen trauen sich nur Menschen, die nicht auf die nächste Wahl schielen, sondern vorrangig das Wohl der Allgemeinheit im Blick haben.

Manche Einzelinteressen werden durch Reformen negativ betroffen sein, damit das große Ganze überhaupt noch funktioniert. Solche Entscheidungen politisch herbeizuführen, dafür fehlt nach meiner Wahrnehmung in den oberen Ebenen der Politik das bodenständige Bewusstsein der erlebbaren Realität und der notwendige Mut für Veränderungen.

Somit heißt reformieren in meinen Augen eigentlich, hart sparen und nicht, es wird alles besser. Man muss versuchen, mit neuen Methoden und Vorgehensweisen das Erreichte aus den Vorjahren irgendwie halbwegs zu sichern.

Manches muss man allerdings auch aufgeben. Zu hohe staatliche Versprechungen sind aufgrund von Veränderungen in den grundsätzlichen Lebens-situationen langfristig nicht mehr finanzierbar.

Auch die Wählerinnen und Wähler müssen das große Ganze in den Blick nehmen. Aber der Neid auf die, denen es augenscheinlich besser geht, wird diese Sichtweise und die notwendigen (Wahl-) Handlungen vermutlich verhindern. Keiner will sich verschlechtern.

Reformen sind gut, wenn es sich für mich nachher besser darstellt, ansonsten bin ich strikt dagegen und wähle lieber etwas anderes aus Protest.

Mit dieser leider sehr menschlichen Einstellung kann und wird es nach augenblicklichem Stand keine sinnhaften „Reformen“ geben können. Die Pendel werden in Kürze immer weiter in die Extreme ausschlagen, bis das Pendel sich irgendwann in einem Extrem verfängt und dort stehen bleibt. Das ist eine sehr negative Prognose und Sichtweise. Vermutlich aber auch sehr realistisch.

Also was tun?

Das ist für mich ganz klar: Reformieren statt lamentieren. Mut machen statt Frust schieben.

Als grundsätzlich positiv denkender Mensch hoffe ich noch auf die große Einsicht und auf möglichst schöne erste Erfolge bei tatsächlich umgesetzten Reformen und ein Umdenken in der Bevölkerung mit mehr Vertrauen in die regierenden Kräfte, welches zu einem großen Teil abhandengekommen ist.

Nur so werden wir nach meiner Meinung aus dem Tal der Tränen herauskommen bzw. rechtzeitig vor der Wand bremsen können. Ein positiver Blick nach vorne, Mut und Hoffnung in die Zukunft ist eine Vorgehensweise, die sich als Rettungsanker zeigen könnte.

Mit diesem Exkurs verlasse ich die große Politik und komme zurück in unsere sympathische Gemeinde Künzell.

Bei uns ist durch eine gute wirtschaftliche Grundlage aus den Vorjahren und Vorjahrzehnten noch einiges einfacher zu händeln als in anderen Städten und Gemeinden.

In einem Beitrag im Behörden Spiegel, Ausgabe Januar 2026 wird bereits in der Überschrift darauf hingewiesen, was das Handeln der Gemeinde Künzell gegenüber anderer Kommunen ausmacht: „Künzell lebt kommunale Resilienz“. Dr. Ulrich Keilmann, Leiter der Abteilung Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften beim Hessischen Rechnungshof, zeigt auf, wie Künzell durch vorausschauendes Verwaltungshandeln, konsequente Haushaltsdisziplin, verantwortungsvolle Finanzpolitik und effiziente Verwaltungsstrukturen kommunale Resilienz nicht nur sichert, sondern aktiv lebt. So soll es auch besonders in schwierigen Zeiten bleiben.

Der Haushalt ist zwar in 2027 auf Kante genäht, aber durch einige Finanzspritzen von höherer Ebene kommen wir nach meiner Wahrnehmung in 2027 trotzdem noch gut voran. Wir müssen keine Steuern erhöhen, obwohl die Inflation uns trifft und auch die geplanten Kreditaufnahmen sind sehr niedrig und können eventuell wieder im Laufe des Kalenderjahres entfallen.

Der Stellenplan der Gemeinde wird nicht ausgeweitet, wir kommen ganz gut mit unserer Personalsituation zurecht, auch wenn immer wieder Wünsche nach Aufstockungen kommen. Wir müssen uns konsolidieren und die Entwicklungen in der IT mit KI nutzen.

Die Investitionen sind in 2027 mit ca. 6,4 Mio. EUR inklusive eines Nachschlags von ca. 260.000 EUR für den Sportplatz Pilgerzell auf ähnlichem Niveau wie in 2026 geplant und auch aktuell nicht unbedingt höher notwendig. Unsere bereits erfolgten Investitionen in die Kindergärten und die Feuerwehren aus den letzten 10 Jahren machen sich nun in der derzeitigen Haushaltslage positiv bemerkbar.

Wir sind in Künzell in Bezug auf die Infrastruktur sehr gut aufgestellt, was nur wenige Kommunen im Landkreis Fulda behaupten können. Manche stehen erst am Anfang notwendiger Investitionen.

Wir können uns etwas konsolidieren und auf bessere Haushaltszeiten hoffen, um dann wieder stärker unsere Infrastruktur zu überholen und zu verbessern.

Im letzten Jahr wurden die Hebesätze bei den Grundsteuern nach oben angepasst. Dies passierte nicht in der vorgeschlagenen Höhe, sondern in etwa nur zur Hälfte.

Zum Glück konnten wir in diesem Punkt durch kurzfristig zugesagte zusätzliche Gelder des Landes in 2026 die entstandene Differenz ausgleichen und müssen deswegen auch in diesem Jahr nicht direkt wieder die Steuern erhöhen.

Sollten die Hebesätze für die Umlagen des Landkreises für 2027 durch den Kreistag wie vorgeschlagen um 2% erhöht werden, dann kommen wir nach aktueller Lage und Einschätzung nicht umhin, die Grundsteuern in 2028 stärker nach oben anzupassen, vermutlich sind dann auch die Nivellierungshebesätze auf einem höheren Niveau.

Da alle Kommunen in Hessen mit stärker steigenden Kosten als Einnahmen kämpfen müssen, hoffen wir jedoch noch auf bessere finanzielle Ausstattung durch das Land oder den Bund bis zum Haushaltsjahr 2028.

Auf der Ausgabenseite haben wir in diesem Jahr verwaltungsintern in einigen Sparrunden mögliche „Luft“ aus dem Haushalt herausgelassen. Weitere Einsparpotentiale gäbe es bei freiwilligen Leistungen wie der Vereinsförderung bzw. Sportplatzpflege, doch davon halten wir noch Abstand.

Die Förderung unserer Vereine liegt mir sehr am Herzen und da glaube ich auch an die Unterstützung durch die gemeindlichen Gremien.

Die Vereine unterstützen das gemeinschaftliche Miteinander und geben vor Ort Halt und Orientierung.

Im Bereich der Kindergärten wurde ein Großteil der Wünsche aus den Einrichtungen zur Optimierung der Betreuungssituation in den einzelnen Kitas als umsetzbare Maßnahmen aufgenommen.

Diese vereins- und familienfreundliche Politik unterstreicht wieder den Slogan „die sympathische Gemeinde Künzell“.

Auch die Ortsbeiräte sind größtenteils unserer Aufforderung zum sparsamen Umgang mit Haushaltsanträgen gefolgt und haben ähnlich wie im Vorjahr weniger Anträge als in den Vorjahren eingereicht bzw. auf kostenintensive Anträge verzichtet – auch dafür sei an dieser Stelle einmal Danke gesagt.

Genug der Vorrede und Einführung, kommen wir zu den Fakten des Haushaltes für 2027.

Unser Defizit im Kita-Bereich hat sich von ca. 3 Mio. EUR im Jahr 2019 auf über 6,3 Mio. EUR im Plan für 2026 mehr als verdoppelt und nun nochmals auf 6,6 Mio. EUR in 2027 um ca. 4,8 % gesteigert. Das ist eine der größten Ausgabepositionen für die Gemeinde Künzell. So schnell kann man keine Gebührenerhöhung für die Eltern beschließen, wie die Kosten steigen.

Bei der diesjährigen Steigerung von ca. 4,8 Prozent sind unsere jährlichen Anpassungen ab 01.01.2027 mit 2 Prozent pro Jahr nicht ausreichend und die Schere zwischen Kosten und Erträgen geht wieder weiter auseinander. Der Anteil der Kosten den die Eltern tragen, liegt wieder unter 8 %. In früheren Jahren wurde regelhaft mit ca. 1/3 – also 33 % - mit dem ca. 4fachen des heutigen Satzes gerechnet.

Die fragliche Finanzierung der hohen Standards in der Kinderbetreuung habe ich schon öfters kritisiert, ich will mich im Detail nicht wiederholen.

Bund und Land sind hier nach meiner Wahrnehmung weiterhin stärker in der Pflicht zur Mitfinanzierung. Aktuell gibt es auf Landesebene allerdings den Trend zur Reduzierung der Standards statt zur Mittelerhöhung.

Das ist zwar ein erster Schritt in die richtige Richtung, hilft allerdings finanziell so schnell nicht weiter.

Mittlerweile dürfen wir liebgewonnenes wieder aufgeben, das fällt uns allerdings sehr schwer. Wir wollen auch weiterhin als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen werden und die Qualität in der Kinderbetreuung in Künzell auf dem sehr guten Niveau halten.

Ein weiterer großer Ausgabeblock entsteht über den kommunalen Finanzausgleich. Er trifft uns Jahr für Jahr immer härter, obwohl wir im Landkreis Fulda eigentlich als finanzschwach bezüglich unserer Steuerkraft im Verhältnis zur Einwohnerzahl zählen.

Waren es in 2019 noch ca. 3 Mio. EUR Aufwand, so betrug im letzten Jahr die Differenz zwischen Schlüssel-zuweisungen und der Abgabe von Kreis- und Schulumlage in den großen Topf des Landkreises schon ca. 5 Mio. EUR.

In diesem Jahr ist es noch eine ganze Millionen EUR mehr – wir planen in 2027 mit 6 Mio. EUR Defizit im kommunalen Finanzausgleich (KFA) **unter der Voraussetzung gleichbleibender Umlagehebesätze des Landkreises Fulda**. Durch die Ankündigung des Landrates mit einer Steigerung von 2 % der Umlagen können wir nun von ca. 6,6 Mio. EUR ausgehen.

Ein Großteil dieses Geldes verbleibt jedoch nicht beim Landkreis Fulda für die ganzen Sozialausgaben aus dem Sozialgesetzbuch, sondern wird auch von dort weitergeleitet an die großen Sozialverbände wie z.B. den LWV, den Landeswohlfahrtsverband Hessen. Auch in diesem Punkt fallen uns die von extern angehobenen Standards und Beschlüsse aus den letzten Jahren z.B. bei den Regelungen zur Teilhabe richtig auf die Füße und wir können nicht regulierend eingreifen. Die Beschlüsse haben andere gefasst und wir müssen zahlen. Das ist eigentlich unfassbar.

Kämpfen müssen wir darüber hinaus mit der derzeitigen Inflation, da sitzen wir in einem Boot mit jedem privaten Haushalt.

Diese wird in der Steigerung der Baukostenindizes und damit der Baukosten für uns am ehesten sichtbar. War der durchschnittliche Ausbau von Wohnimmobilien vor 25 Jahren noch bei ca. 250 EUR pro m3 umbauten Raum veranschlagt, so liegt er aktuell bei dem dreifachen Wert von ca. 750 EUR pro m3.

Die Kostensteigerungen haben allerdings nicht nur etwas mit höheren Standards in Bezug auf Wärmeschutz, etc. zu tun.

Allein die Kosten für z.B. einen Außenputz haben sich in diesem Zeitraum verdreifacht, das konnte ich in diesem Jahr privat selber spüren.

Hier schlagen die in meinen Augen durch Kriege und Politik künstlich erzeugten Energie- und Umweltkosten massiv zu, die z.B. bei der Produktion von Kunststoff bzw. Farben entstehen. Die Senkung von Baustandards hilft dabei nur bedingt.

Politische Machtspiele, die große Anzahl von rigorosen Egozentrikern in der ganzen Welt ohne Scheu vor Kriegsführung und dadurch weltweit entstandene wirtschaftliche Fehlentwicklungen haben bei den Kostensteigerungen der Energiekosten einen noch größeren Hebel zu verantworten.

So kann ich zusammenfassen: Höhere Baukosten z.B. bei Straßenrenovierungen oder den Sanierungen unserer Bestandsgebäude, ein höheres Defizit im Kindergartenbereich und eine schlechte Entwicklung im KFA sind die aktuellen Herausforderungen, mit denen wir und natürlich auch alle anderen Kommunen kämpfen müssen. Dazu ziehen weitere dunkle Wolken mit der angestrebten 2prozentigen Erhöhung von Kreis- und Schulumlage auf.

Unsere geplanten Steuereinnahmen wurden auch in diesem Jahr mit dem Maximalansatz aus den Empfehlungen des Hessischen Finanzplanungserlasses übernommen. Eine Aktualisierung der Schlüsselzuweisungen nach Fertigstellung der Haushaltszahlen wird den Überschuss nochmals um ca. 20.000 EUR reduzieren.

Bei der Endabrechnung für 2027 wird sich der Haushalt auch dann nur im positiven Bereich bewegen können, wenn die Gewerbesteuer uns weiterhin eher positiv als negativ überrascht. Wir setzen mittlerweile bei der Gewerbesteuer immer die maximal vertretbare Höhe auf Basis des aktuellen Jahres 2026 an. Ein negativer Umschwung in dem einen oder anderen Betrieb wäre für uns ebenfalls sehr schlecht. Nach unserer Wahrnehmung könnte dieses in der schwächelnden Bauindustrie am ehesten eintreffen. Die schon länger schwächelnde Automobilindustrie fällt bei uns zum Glück bei der Gewerbesteuer nicht ins Gewicht.

Ich befürchte, dass wir im Jahr 2027 erstmalig in meiner fast 12jährigen Amtszeit mit einem negativen Endergebnis rechnen müssen.

Bei den Mittelbeständen (Geld auf dem Konto) rechnen wir zum Jahresanfang mit einer Summe von ca. 20 Mio. EUR. Das ist zu den Vorjahren doch noch recht konstant.

Die Haushaltsreste betragen nach der Schätzung aus dem Haushaltsplan für noch offene bzw. nicht bezahlte Maßnahmen ca. 13 Mio. EUR. Somit ergibt sich eine freie Spitze von ca. 7 Mio. EUR. Die freie Spitze ist in den letzten Jahren stetig gewachsen. Das wird sich vermutlich in den nächsten Jahren nicht so fortsetzen lassen können.

Der laufende Ergebnishaushalt schließt in 2027 mit einem geplanten Defizit von ca. 2,2 Mio. EUR, dieses entspricht ungefähr der Höhe der Abschreibungen.

Der Finanzhaushalt kommt auf einen Zahlungsmittelbedarf aus Rücklagen von 1,5 Mio. EUR bei einer Kreditaufnahme von 1 Mio. EUR.

Aus der laufenden Verwaltungstätigkeit wird mit dem vorgeschlagenen Zahlenwerk für 2027 ein Zahlungsmittelüberschuss in Höhe von ca. 130.000 € in den Unterlagen bzw. nach neuesten Erkenntnissen von ca. 110.000 € gerechnet, damit können wir im Jahr 2027 gerade noch unsere Tilgungsleistungen erbringen.

Im nächsten Jahr werden wir mit höheren Zahlungen an den Landkreis rechnen müssen, da ist eine Steuererhöhung bei den Grundsteuern ab 2028 nach heutigem Wissensstand fast unausweichlich.

An dieser Stelle möchte ich schon einmal allen Mitarbeitenden unserer Gemeinde danke, die den Leitspruch der sympathischen Gemeinde stets nach außen tragen.

Besonders möchte ich heute noch die Personen erwähnen, die bei der Haushaltsaufstellung mitgewirkt und systematisch mitgeholfen haben, weitere Sparpotentiale zu finden. Der Kämmerer Jürgen Aschenbrücker ist für die endgültigen Zahlen verantwortlich, aber aufgrund unserer dezentralen Aufstellung jedoch auch maßgeblich auf die Zusammenarbeit mit dem Amtsleiter Johannes Groß aus dem Haupt- und Personalamt, sowie dem Bauamtsleiter Steffen Schultheis angewiesen. Gerade im Bauamt kann man noch eher auf die endgültigen Zahlen einwirken, je nachdem ob man eine Maßnahme umsetzen muss oder noch schieben kann.

Nun verlasse ich wieder den textlichen Teil und komme zu meiner Präsentation, um manche Fakten einfach besser visualisieren zu können.